

Zl:1839

St. Aegyden/Neuw., am 13.VIII.20.

Wienerland-Anschluss

PRÄS: *30/11*

169

An das Präsidium

der Nationalversammlung

in

W i e n

I. Franzensring

Wien, 13. VIII. 20. v. d. V. v. d. V.

Vuf A.
Die gefertigte Gemeinde-Vorsteherung erlaubt sich unter Berücksichtigung der am 5.u.6.Mai auf dem Städte-tag in St.Pölten gefassten Beschlüsse den in der am 26.Juli d.J.in der Gemeinderatsitzung mehrstimmig gefassten Beschluss wie folgt mitzuteilen.

Sollte bei Beratung der Bundesverfassung das Land Nied.Österr.in zwei Teile zerfallen den von dem Traisenursprung ausgehenden Teil des Traisental und das Gölssental dem neu zu schaffenden Wienerland anzuschließen.

Dieser Antrag wird begründet dass sowohl Verkehrs-technische als auch viele wirtschaftliche Gründe für den Anschluss sprechen.

Bitte diesen Beschluss zur Kenntnis zu nehmen und bei Beratung der Verfassung entsprechend zu berücksichtigen.

Hochachtungsvoll

Der Bürgermeister:

Fritz Wagner



Z. 708

Beschluss.

Das Gemeindeamt Kledering
hat in seiner Sitzung vom 28. September:
1920 zu der in Beratung stehenden:
den Entwurf der neuen Gemeindeordnung
genommen und dabei den Beschluss
gefasst, dass das Recht der Gemeinde:
den auf Einführung von Steuern
im Falle der Bundesgesetzgebung in der
Bundesgesetzgebung festgesetzt werden.



am 28.9.1920.

Der Bürgermeister:

Ad. Ant

ich,
gen

6

n

An den Obmann des
Verfassungsausschusses

Herrn Otto Bauer

Wiener Parlament

Der Gemeinderat von Ebergassing
hat in seiner Sitzung vom 28. IX. 1920
mit der in Beratung stehenden Staats-
verfassung Stellung genommen und dabei
den Beschlus gefasst, dass das Recht
der Gemeinden auf Erhebung von Steuern
innerhalb der Bundesgesetze in der
Bundesverfassung festgelegt wird.

Gemeinde Ebergassing

28. IX. 1920



Der Bürgermeister:

E. Jancy

Glöckler
Gruß

7

ch,
en

Gewerkschaft der Ingenieure im deutschösterreichischen Staatsdienste.

Wien, I., Börseplatz 1.

20384.

Wien, den 29. September 1920.

An den Verfassungsausschuß

der Nationalversammlung !

Die Bundesverfassung, welche gerade jetzt in Beratung steht, enthält ~~dem~~ Artikel 97 folgende Bestimmung :

" Die Leiter der Bezirksämter und der Kreisämter müssen rechtskundige Beamte sein."

Diese Bestimmung, wenn angenommen, muß als ein Unrecht gegen alle anderen Beamtencategorien mit Hochschulbildung empfunden werden, da sie von der Leitung solcher Ämter ausgeschlossen werden, selbst wenn sie hiezu die höchste Befähigung und unzweifelhafte Eignung besäßen. Diese exklusive Bestimmung muß gerade in der Verfassung eines demokratischen Freistaates als eine Ungeheuerlichkeit aufgefaßt werden, denn sie verstößt gegen die soziale Gerechtigkeit, wie gegen die natürliche Forderung, daß dem "Tüchtigen" freie Bahn im freien Staate gewährt werden müsse.

Wir verweisen auf Deutschland, Frankreich, England und die Vereinigten Staaten Nordamerikas, wo z.B. Ingenieure längst sich an hervorragenden Posten der öffentlichen Verwaltung, ja sogar an höchsten Stellen, die das Volk zu vergeben hatte, wohl bewährt haben. Oesterreich, das seinen Aufbau heiß ersehnt, sollte ~~solche~~ Ausnahmsbestimmungen gegen werktätige Berufsklassen in die Verfassung aufnehmen und dadurch ein

ein Privileg oder ein Monopol schaffen wollen ?

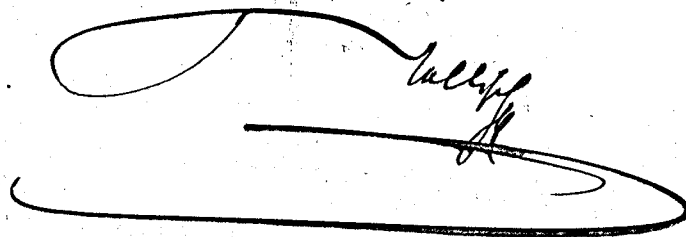
Wir meinen, daß solch eine Bestimmung schon an und für sich nicht in ein Verfassungsgesetz gehört. In der vorgeschlagenen Form ist sie unerträglich und wird von vielen Berufskreisen niemals anerkannt werden können.

Wir halten es für ausgeschlossen, daß die allgemeine und ständige Unterordnung des Ingenieurs unter den Juristen als Grundsatz in der Verfassung kodifiziert werden kann.

Unsere Gewerkschaft bittet daher in letzter Stunde, diese ungerechte und ungerechtfertigte Bestimmung entweder gänzlich fallen zu lassen oder entsprechend abzuändern.

Für den Vorstand.

Vorsitzender :

A large, stylized handwritten signature in dark ink, consisting of a long horizontal stroke with a large loop at the end and a smaller loop above it.

Gewerkschaft der Ingenieure im deutschösterreichischen Staatsdienste.

3. 20290..

Betrifft:

Entwurf einer österr.

V e r f a s s u n g .

Wien, den 10. J u l i 1920

An

den Verfassungs-Ausschuß der konstituierenden Nationalversammlung

in W i e n .

Die Gewerkschaft der Ingenieure im d.ö. Staatsdienste hat dem in der Nummer 153 der Wiener Zeitung vom 8. Juli 1920 veröffentlichten Entwurfe einer österr. Verfassung mit großem Befremden entnommen, daß die im dritten Abschnitte des 1. Hauptstückes enthaltenen Bestimmungen über die Verteilung der Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt jede Rücksichtnahme auf die aus Gründen der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit sich zwingend ergebenden Forderungen nach einer möglichst einheitlichen und zusammenfassenden Organisation des technischen Dienstes vermissen lassen.

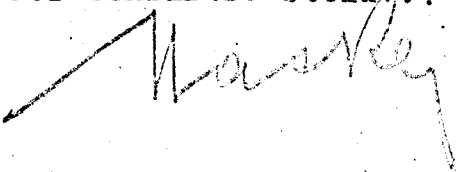
Wiewohl der Vorentwurf des Herrn Staatssekretärs Dr. MAYR den bei verschiedenen Anlässen wiederholt geäußerten Forderungen der Technikerschaft die keineswegs bloß etwa aus dem Gesichtspunkte des Standesinteresses erhoben wurden, sondern in erster Linie von der Erkenntnis ihrer staats- und volkswirtschaftlichen Bedeutung getragen waren, durchaus nicht in jenem Maße Rechnung trägt, als es im Interesse der Allgemeinheit wünschenswert wäre, läßt er doch das Bestreben erkennen, in den einschlägigen Bestimmungen den sachlichen Bedürfnissen der Praxis wenigstens einigermaßen gerecht zu werden, während sich die im Kompromißwege vereinbarte neue Fassung des Entwurfes vollends darüber hinwegsetzt.

Der technischen Arbeit kommt im gesamten modernen Wirtschafts- und Kulturleben eine so offenkundig hohe Bedeutung zu, daß sie wohl auch mit Recht verlangen kann, in der Organisation der öffentlichen Verwaltung die ihr gebührende Beachtung zu finden. In dem nun vorliegenden Verfassungsentwurfe tritt jedoch diese Erkenntnis keineswegs zutage. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, sei nur ganz allgemein darauf hingewiesen, daß hier der technische Dienst, anstatt nach Tunlichkeit zusammengefaßt und unter möglichst einheitlicher Leitung organisiert zu werden, geradezu künstlich zersplittert wird, was naturnotwendig zu einer Kraftvergeudung und zu einer Verflachung des Dienstes führen muß, weil die dadurch notwendig werdende Verwendung technischer Kräfte an zu vielen Stellen eine fachliche Vertiefung und gegenseitige Ergänzung ausschließt und deshalb bei ungleich höherem materiellem Aufwande der Qualität des Dienstes nur abträglich sein muß.

Die Gewerkschaft der Ingenieure im d.ö. Staatsdienste gibt sich deshalb der bestimmten Erwartung hin, daß auch den technischen Fachorganisationen noch Gelegenheit gegeben wird, sich zu dem Verfassungsentwurfe an zuständiger Stelle zu äußern, und wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bestrebt sein, jene unerläßlichen Änderungen des Entwurfes durchzusetzen, die sich als ein über allen parteipolitischen Interessen stehendes, staatswirtschaftliches Gebot der Zeit darstellen.

Für die Gewerkschaft der Ingenieure
im d.ö. Staatsdienste.

Der Schriftf.-Stellv.:



Der Vorsitzende-Stellv.:



Lehrerkammer der gewerblichen Staats-Lehranstalten Deutschösterreichs

Wien, IX/2, Seeveringasse 9
(Fernsprecher 15.192, 18.271, 20.401)

B. 32/10.

Wien, den 8. Juli 1920.

An den

Verfassungsausschuß der österreichischen Nationalversammlung,

W i e n .

Die Kammer erlaubt sich dem Verfassungsausschuß umstehenden Beschluß zur Berücksichtigung vorzulegen und anzufragen, ob der Verfassungsausschuß geneigt wäre, einen Sprecher der Kammer anläßlich der Beratungen über das technisch-gewerbliche Schulwesen anzuhören.

Für den Arbeitsausschuß:

Prof. Link

Prof. Dr. Zinner

Beilage zu Z.32/10 aus 1920.

Die Kammer lehnt eine Verländerung der technisch-gewerblichen Lehranstalten, aller oder einzelner Schulen, entschieden ab und ersucht das Staatsamt dringend alles vorzukehren, um eine solche Verländerung zu verhindern.

Begründung.

Bei einer Verländerung der technisch-gewerblichen Schulen, aller oder auch einzelner, hätten die Länder diese Schulen aus ihren Landesmitteln zu erhalten. Dies hätte zur Folge, daß kleine Länder schlecht ausgestattete und größere Länder reich ausgestattete Schulen hätten.

Jedes Land müßte dann das Bestreben haben, alle jene Fachrichtungen an seinen Landesschulen zu besitzen, die den im Lande hervortretenden Berufszweigen entsprechen. So müßte dann nahezu jedes der österreichischen Länder Schulen für Maschinenbau, Elektrotechnik, Chemie, Metallbearbeitung, Bau- und Kunstschlosserei, für das Baugewerbe, Kunstgewerbe, für Papierfabrikation, Korbflechterei, Gewebeindustrie, Tischlerei, Töpferei, Frauengewerbe, Frauenhausindustrie etc. besitzen. Da kein Land die Mittel aufbringen kann, Schulen für alle diese Fachrichtungen ordentlich einzurichten, so würde die Verländerung zu einer Verelendung der technisch-gewerblichen Lehranstalten führen.

Die maßgebenden Referenten für diese Schulen wären einzelne bei den Landesregierungen zugeteilte Herren. Wieder aus finanziellen Gründen wäre es nicht möglich, bei jeder Landesregierung -- wie notwendig -- Fachleute jeder Fachrichtung oder vieler Fachrichtungen einzustellen. Es würde im Gegenteil eine Unterstellung unter den Landesschulrat erfolgen und es ist zu befürchten, daß dann Nichtfachleute zu maßgebendem Einfluß auf unsere Schulen gelangen, was den technisch-gewerblichen Lehranstalten nur zum Schaden gereichen würde.

Eine weitere Folge wäre die Inzucht der Lehrkörper innerhalb der einzelnen Länder, im Gegensatz zu dem, was wir zwecks Befruchtung des Unterrichtes dringend brauchen; das ist der Austausch der Lehrkräfte unter den Ländern in möglichst weitgehendem Maße. Weiters würde die Freizügigkeit der Schüler Oesterreichs unterbunden sein. Jede unserer technisch-gewerblichen Lehranstalten -- d.s. Staatsgewerbeschulen, Bauhandwerker- und Werkmeisterschulen sowie Fachschulen -- ist innerhalb des Staates in ihrem Aufbau und Zweck eine nur einmal vorhandene Schulart trotz der äußerlich gleich- oder ähnlichlautenden Bezeichnung. In ihrer Gesamtheit ergänzen sich alle diese Schulen gegenseitig, sowohl was innere Einrichtung als auch Befriedigung des Bedarfes der einzelnen Länder an verschiedenartigen für Industrie und Gewerbe besonders befähigten Kräften anlangt.

Es kann sich daher aus allen vorgenannten Gründen, die Lehrerkammer der technisch-gewerblichen Lehranstalten nur dafür aussprechen, daß die gewerblich-technischen Lehranstalten nach wie vor in Verwaltung und Gesetzgebung dem Staate unterstellt bleiben.

Verein zur Pflege der deutschen Sprache in Wien.
(Zweigverein des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins.)

Wien, am 7. März 1919.

An den Verfassungsausschuß der öst. National-
versammlung.

Wie die Tagesblätter berichten, fand gestern
der erste Zusammentritt des Verfassungsausschusses
statt.

Da diesem Ausschusse die wichtigsten Angelegen-
heiten, zum Verfassungsmäßigen Grundgesetz
zu schaffen, auf denen der neue Staats-
Verfassungsbau aufgebaut werden kann, und
verfassungsmäßige Vollverordnungen auf gesetz-
liche Einzelheiten von Gesetzgebungs- und
Rechts, gestützt auf die unterzeichnete Verord-
nung die dringliche und sorgliche Bitte, auf
der gesetzlichen Form der zu schaffenden Gesetze
zum Vorschalt ungedruckter zu lassen, die diese
gesetzlichen Verordnungen, auf daß sie
unverzügliche Vorbilder des gesetzlichen Auf-
baus künftiger Gesetze werden.

Unter Vorbehalt erklärt sich freundlich bereit,
Gesetzgebungs- und ihrer ungedruckten Geset-
zgebung auf Verfassungsmäßigkeit, Verfassungsmäßigkeit¹⁾ und

¹⁾ Wir wünschen auf dem Wege des selbständigen
Freiwilligen in der Gesetzgebung unserer Verfassungsmäßigen
Verordnungen, so auf: Republik statt
Freiwillig (s. die, Republik Verfassungsmäßigkeit im „Freiwilligen“)

Verfassungswort zu überprüfen.

für den Verbandsverband:

Graf D. Hans Krieger

Wien, XVIII, Karl-Ludwig-Brücke 18

vom 16. Nov. 1918, 21. Dez. 1918 und vom 1. März 1919),
Konstitution für Gesetzgebende Versammlung oder
Bund (f. „Gesetzgeber“ vom 2. Nov. 1918, 21. Dez. 1918 und
1. März 1919); Demokratisches für Volkswirtschaft (f. „Gesetzgeber“ vom
1. März 1919); Verwaltungs und Unterstaatsverwaltung für Staatskanz-
ler und Unterstaatskanzler (oder einfach: Kanzler, Unterkanzler.
Damit eine Änderung des gegenwärtigen Stils Staatskanzler
in Oberstaatskanzler oder sogar Staatskanzler nicht einleiten
müß, Staatskanz für Justiz statt für Rechtspflege, Staatskanz für
Finanzen statt Staatskanz, Staatskanz für Gewerbe, Industrie
(= Großgewerbe!) und Handel statt für Gewerbe und Handel, Staatskanz
für soziale Fürsorge statt für Volksfürsorge oder Volkswohlstand in. f. v.
(f. „Gesetzgeber“ vom 21. Dez. 1918).